



Politik für und mit Menschen mit Behinderungen in der 18. WP – insbesondere Anforderungen an ein Bundesteilhabegesetz

Kerstin Tack, MdB

Braunschweig, 07.10.2015

KERSTIN TACK
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
BEAUFTRAGTE FÜR DIE BELANGE
VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNG
SPRECHERIN DER ARBEITSGRUPPE INKLUSION



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Politik für und mit Menschen mit Behinderungen in der 18. WP

Kerstin Tack, MdB | 07.10.2015 | 2

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland finden die Belange von Menschen mit Behinderungen in einem Koalitionsvertrag flächendeckende Berücksichtigung.

Nahezu 20 Handlungsaufträge zur Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen wurden in dem zwischen CDU/CSU und SPD geschlossenen Koalitionsvertrag vereinbart.

Politik für und mit Menschen mit Behinderungen in der 18. WP – Vereinbarungen im Koalitionsvertrag

Kerstin Tack, MdB | 07.10.2015 | 3

Handlungsbedarf besteht insbesondere in den Bereichen:

- Bildung und Forschung
- Tourismus (z.B. barrierefreies Reisen)
- Infrastruktur und Verkehr
- Digitales Leben und Arbeiten
- Kultur, Medien und Sport
- Lebensqualität (z.B. generationen- und altersgerechtes Wohnen)
- Entwicklungszusammenarbeit
- Zusammenhalt der Gesellschaft (z.B. Schutz vor Gewalt)
- Bürgerbeteiligung (z.B. Wahlrecht)
- Justiz (z.B. Betreuungsrecht)
- Gesundheit und Pflege
- Arbeit und soziale Sicherheit

**Diese Handlungsaufträge werden wir sukzessive
abearbeiten.**

Politik für und mit Menschen mit Behinderungen in der 18. WP

Kerstin Tack, MdB | 07.10.2015 | 4

Um wen und was geht es im Bundesteilhabegesetz (BTHG)?

Die wichtigsten Empfängerzahlen 2013

Hilfeart	Empfänger insgesamt
▪ Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen	259 598
▪ Hilfe zum Leben in einer betreuten Wohneinrichtung	191 595
▪ Hilfe zum Leben in einer eigenen Wohnung oder einer Wohngemeinschaft	153 581
▪ Heilpädagogische Leistungen für Kinder	100 603
▪ Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung	54 281
▪ Sonstige Leistungen der Eingliederungshilfe	28 818

Politik für und mit Menschen mit Behinderungen in der 18. WP

Kerstin Tack, MdB | 07.10.2015 | 5

Prognose – Eingliederungshilfe

Bericht „Verbesserung der Datengrundlage zur strukturellen Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung“* der con_sens GmbH prognostiziert für den Zeitraum von 2012 bis 2020:

- **Steigerung der Zahl der Leistungsberechtigten um 24 Prozent (nach con_sens: von 751.000 auf 931.000)**
- **Steigerung der Ausgaben für die Eingliederungshilfe um 31 Prozent (nach con_sens: von 16,5 Mrd. Euro auf 21,6 Mrd. Euro).**

* Der Bericht ist das Ergebnis einer unabhängigen Forschungsleistung der con_sens GmbH. Er gibt nicht die Auffassung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales wieder.

Politik für und mit Menschen mit Behinderungen in der 18. WP

Kerstin Tack, MdB | 07.10.2015 | 6

Bewusstseinswandel und Perspektivenwechsel im Lichte der UN-Behindertenrechtskonvention

- von der Ausgrenzung zur Inklusion
- von der Einrichtungs- zur Personenzentrierung
- von der Fremd- zur Selbstbestimmung
- von der Betreuung zur Assistenz
- vom Kostenträger zum Dienstleister
- von der Defizitorientierung zur Ressourcenorientierung
- „Nichts über uns- ohne uns !“

Bundesteilhabegesetz – Anforderungen aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion

Kerstin Tack, MdB | 07.10.2015 | 7

Raus aus der Fürsorge – Implementierung im SGB IX

- Verankerung des Bundesteilhabegesetzes im SGB IX
- Trennung von Fachleistungen und existenzsichernden Leistungen

Teilhabeleistungen unabhängig von Einkommen und Vermögen

- Recht auf Sparen – Vermögensgrenze anheben

Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts

- selbst entscheiden können, wo man wohnt und arbeitet – Selbstbestimmung

Personenzentrierung statt Institutionenzentrierung

- passgenaue Leistungen, die sich am persönlichen Bedarf orientieren
- leistungsträgerunabhängige Beratung

Bundeseinheitliches standardisiertes Verfahren (ICF basiert)

- verschiedene Instrumente der Bedarfsermittlung – bundeseinheitliche Kriterien und Verfahren notwendig

Bundesteilhabegesetz – Anforderungen aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion

Kerstin Tack, MdB | 07.10.2015 | 8

Elternassistenz

- Anspruch auf Elternassistenz muss rechtlich geregelt werden

Lösung der Schnittstellenproblematiken

- Veränderungen bei vorgelagerten Systemen

a) *SGB II – Leistungen der Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende*

- Abgrenzungsprobleme zwischen SGB II und SGB XII – Regelungen zur Lösung der Schnittstellenproblematik erforderlich

b) *SGB V – Gesundheit*

- Gesundheitssystem stärken – lange Wartezeiten bei Therapien vermeiden

c) *Große Lösung unter dem Dach des SGB VIII*

- Eingliederungshilfe für alle Kinder und Jugendlichen nach Jugendhilferecht

d) *SGB XI – Pflege*

- Benachteiligung von Pflegebedürftigen in Einrichtungen der Behindertenhilfe vermeiden

Bundesteilhabegesetz – Anforderungen aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion

Kerstin Tack, MdB | 07.10.2015 | 9

Durchlässigkeit zwischen WfbM und erstem Arbeitsmarkt

- Übergänge flexibilisieren
- Rückkehrrecht implementieren
- Reduzierung sozialrechtlicher Nachteile bei Wechsel auf 1. Arbeitsmarkt
- Budget für Arbeit in ganz Deutschland
- Integrationsbetriebe stärken
 - 150 Millionen zum Ausbau

Schwerpunkte WfbM und Arbeitsmarkt

Kerstin Tack, MdB | 07.10.2015 | 10

Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM)

- vorgezogene Gesetzesnovelle zum SGB IX: umfasst u.a. die Werkstättenmitwirkungsverordnung (WMVO) einschließlich der Implementierung von Frauenbeauftragten in den WfbM
- Entlohnung der Werkstattbeschäftigten ist ebenfalls ein wichtiges Thema, mit dem wir uns entsprechend auseinandersetzen werden

Arbeitsmarkt

Vor dem Hintergrund einer drastischen Zunahme psychischer Erkrankungen setzen wir uns darüber hinaus für die Umsetzung folgender Maßnahmen ein:

- eine engere Verknüpfung von betrieblicher Gesundheitsförderung und Arbeitsschutz (Präventionsgesetz)
- die Stärkung des betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM)
- Stärkung der Schwerbehindertenvertretungen

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!